

**Erschlagen – Hingerichtet –  
In den Tod getrieben**

**Gewerkschafter als Opfer  
des Nationalsozialismus**

Mit einem Geleitwort  
von  
Dieter Schulte

DGB-Archiv  
im Archiv der sozialen Demokratie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



**A 95 - 02029**

Hrsg. vom DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-485

Kostenloser Bezug

(c) 1995 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (-Bad Godesberg)  
Herstellung: satz + druck Düsseldorf  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn  
Die Abbildungen stammen aus dem Archiv der sozialen Demokratie,  
Bonn-Bad Godesberg. Da es nicht in jedem Einzelfall möglich war,  
die Rechteinhaber oder -nachfolger aufzufinden, bitten wir,  
eventuelle Ansprüche beim Herausgeber anzumelden.  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 1995  
ISBN 3-86077-384-4

## Inhalt

Dieter Schulte

Zum Geleit

5

Michael Schneider

Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Diktatur:  
Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945

9

Erschlagen - Hingerichtet - In den Tod getrieben.  
Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus.  
Beispiele für viele Hunderte

Zusammengestellt von Klaus Mertsching

37

**Michael Schneider**

**Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Diktatur:  
Verfolgung, Widerstand und Exil 1933 - 1945**

Schon vor der "Machtergreifung" hatten die Nationalsozialisten angekündigt, sie würden den "Marxismus" in all seinen Schattierungen ausrotten. Gemeint waren die Arbeiterparteien, vor allem die Sozialdemokratische Partei (SPD), die mit dem verhaßten "Weimarer System" identifiziert wurde, und die Kommunistische Partei (KPD), die als Verkörperung des "russischen" bzw. "asiatischen Bolschewismus" galt. Auch die Gewerkschaften aller Richtungen und selbst die Verbände der Katholischen Arbeiterbewegung fielen unter das Verdikt des "volksfremden Marxismus" und des "zerstörerischen Klassenkampfes". Daß mit der politischen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften aller Richtungen, besonders aber die sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), sofort nach dem 30. Januar 1933 zu einem zentralen Angriffsziel der neuen Machthaber wurden, kann angesichts dieser Vorgeschichte kaum verwundern. Die Anhänger und Führer der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften empfanden sich also als wichtigste Gegner – und als erste Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Die im Frühjahr 1933 einsetzende Verfolgung bestärkte sie darin.

Neben der grundsätzlichen Ablehnung jeder Klassenkampforganisation dürften es vor allem Gesichtspunkte der Machtsicherung gewesen sein, die im Frühjahr 1933 die Schläge des NS-Regimes gegen die Gewerkschaften lenkten: Von wem, wenn nicht von den Gewerkschaften, hätte ein Generalstreik organisiert werden sollen, um die neue Regierung – wie 1920 die Kapp-Putschisten – zu Fall zu bringen? Demoralisierung und Schwächung der Gewerkschaften, unabhängig von deren realer Politik, war ein Ziel der Nationalsozialisten, das mit äußerster Brutalität im Frühjahr 1933 verfolgt wurde. Mit den Gewerkschaften und den politischen Parteien der Arbeiterbewegung sollten von vorneherein die Kraftzentren einer etwaigen Oppositionsbewegung zerschlagen werden, um damit die Arbeiterschaft ihrer Organisationsmöglichkeiten zu berauben. Damit wurde der Lebensnerv der Gewerkschaftsbewegung getroffen.

## 1. Zwischen Protest und Anpassung: Das Ende der Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Herrschaft

"Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde" – so formulierte Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, am 31. Januar 1933 im Bundesausschuß die Leitlinie der gewerkschaftlichen Politik für die kommenden Wochen und Monate.<sup>1</sup> Wie die ADGB-Führung bedauerte auch der Vorstand der Christlichen Gewerkschaften die "folgeschwere Entscheidung" Hindenburgs, das "Kabinett der Harzburger Front" unter der Führung Hitlers zu bestätigen.<sup>2</sup> Und in einer Erklärung äußerten die Gewerkschaften gemeinsam die Befürchtung, die "Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments angetreten sind", könnten jetzt – an der Regierung – "ihre Pläne zu verwirklichen trachten". Damit stünden die "Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten."<sup>3</sup>

Wer jedoch den Aufruf zu einer organisierten Massenaktion erwartete, sah sich enttäuscht. Mit den Mahnungen zur Disziplin wurden die Generalstreikaufrufe der KPD abgeblockt, die indessen wohl auch ohne die gewerkschaftliche Zurückhaltung nur vereinzelt befolgt worden wären. Die Gewerkschaften jedenfalls setzten sich

1 Siehe Die Gewerkschaften und der Regierungswechsel. 13. Bundesausschußsitzung des ADGB am 31.1.1933, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 5 vom 4.2.1933, S. 67f., hier S. 67. Zur Politik der Freien Gewerkschaften im Frühjahr 1933 siehe Michael Schneider, Höhen, Krisen und Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Klaus Tenfelde/Klaus Schönhoven/Michael Schneider/Detlev J.K. Peukert, Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hrsg. von Ulrich Borsdorf unter Mitarbeit von Gabriele Weiden. Mit einem Vorwort von Ernst Breit und Ilse Brusis, Köln 1987, S. 279–446, hier S. 434ff.

2 Siehe An die christliche Arbeiterschaft, in: Zentralblatt Nr. 4 vom 15.2.1933, S. 37. Zur Politik der Christlichen Gewerkschaften im Frühjahr 1933 siehe Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, S. 757ff.

3 An die Mitglieder der Gewerkschaften, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 5 vom 4.2.1933, S. 65.

von den "unentwegten Generalstreiktheoretikern" ab; das unterstrich Peter Graßmann, der stellvertretende ADGB-Vorsitzende, beim Führerappell der Eisernen Front am 13. Februar 1933: "Der Generalstreik ist eine furchtbare Waffe nicht nur für den Gegner; ihn veranlassen und verantworten kann man nur, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn es sich um Leben und Sterben der Arbeiterklasse handelt."<sup>4</sup>

\*

Wer könnte – rückschauend – leugnen, daß eben die hier befürchtete Situation eingetreten war? Doch die schleichende Aushöhlung der sozialen und politischen Errungenschaften von Revolution und Republik, die Schwächung der Gewerkschaften in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise und wohl auch die Resignation angesichts eines als übermächtig erscheinenden Gegners, dem die Massen zuströmten, trugen dazu bei, daß die Gewerkschaften kampfflos kapitulierten. Außerdem war die Arbeiterbewegung keineswegs zu geschlossenem Handeln fähig; nicht nur an die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch an Polarisierungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung ist zu denken, waren doch nicht alle Organisationen – zu denken ist besonders an den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV) – gleichermaßen Gegner der Nationalsozialisten.

Offenbar wurde auch bei den Freien Gewerkschaften, trotz der immer wiederkehrenden Beschwörung der Folgen einer nationalsozialistischen Regierung für die Arbeitnehmerschaft, nicht wirklich mit der Zerschlagung der Gewerkschaften gerechnet. Vielmehr erhoffte man sich wohl vom publizistischen Nachweis der Bedeutung der Gewerkschaften als "Schule der Verantwortung" für ein Volk, das sich seines "Rechts auf nationale Selbstbestimmung" bewußt werde, eine Honorierung in Form einer Verschonung der Organisation; mit diesem Ziel rief Theodor Leipart die "Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat" in Erinnerung.<sup>5</sup> Und Lothar Erdmann, Chefredakteur des zentralen Gewerkschaftsorgans "Die Arbeit" und

<sup>4</sup> Peter Graßmann, Kampf dem Marxismus!?, Rede, anlässlich des Führerappells der Eisernen Front am 13.2.1933, Berlin 1933, S. 21.

<sup>5</sup> Theodor Leipart, Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat, in: Soziale Praxis Nr. 8 vom 23.2.1933, Sp. 225–231.

Vertrauter Leiparts, bemühte sich, durch die Ablehnung internationalistischer Tendenzen zur ideologischen Versöhnung von "Nation, Gewerkschaften und Sozialismus" beizutragen.<sup>6</sup>

Von ihrer Politik des – wie es hieß – "kühlen Bluts" ließen sich die Gewerkschaften auch nicht durch die Folgen des Reichstagsbrands am 27. Februar 1933 abbringen, der den Freien Gewerkschaften als "Angriff gegen den Parlamentarismus" überhaupt galt<sup>7</sup> und den die Nationalsozialisten zum Angriff auf die Arbeiterparteien, insbesondere auf die KPD, nutzten. Zwar war in den gewerkschaftlichen Kundgebungen dieser Wochen viel von "Kampf" und "Kampfbereitschaft" die Rede – doch gedacht war vor allem an "Wahlkampf"; einmal mehr setzten die Gewerkschaften – auch die Christlichen – alle Hoffnungen auf das Votum der Wähler.

\*

Nach den Wahlen vom 5. März 1933, in denen die NSDAP die absolute Mehrheit verfehlte, aber ein Koalitionskabinett unter ihrer Führung bilden konnte, begannen sich die Gewerkschaften darauf einzustellen, daß Hitlers Regierung nicht nur ein kurzes Zwischenspiel sein würde. Dennoch überwog offenbar auch bei den Freien Gewerkschaften noch immer die Hoffnung, es werde schon nicht so "schlimm" kommen – jedenfalls nicht schlimmer als unter Bismarcks Sozialistengesetz, gegen das sich die Arbeiterbewegung letztlich siegreich behauptet hatte.

Im März 1933 erreichte der blutige Terror gegen die Gewerkschaften einen ersten Höhepunkt. Allein am 13. März gingen beim ADGB-Vorstand Schreckensmeldungen aus über 20 Orten ein.<sup>8</sup> Bei diesen Übergriffen wurden mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, genannt sei etwa Mattias Theissen vom Baugewerksbund, ermordet;

<sup>6</sup> Lothar Erdmann, Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit Nr. 3, März 1933, S. 129–161.

<sup>7</sup> Siehe Brand im Reichstag, Bundesausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 9 vom 4.3.1933, S. 129.

<sup>8</sup> Henryk Skrzypczak, Die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Jahre 1933, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 255–270, hier S. 261.

andere – zum Beispiel Otto Geiselhart vom Zentralverband der Angestellten (ZdA) – wurden in der Haft in den Selbstmord getrieben.

Doch die Überfälle und Gewalttaten vermochten keine grundsätzliche Änderung der gewerkschaftlichen Politik herbeizuführen. So wird man die Proteste gegen die gewaltsamen Übergriffe vor allem der SA nicht als Widerstands-Aktionen bewerten können; die Beschwerden zum Beispiel bei Reichspräsident Hindenburg waren eher von vorwurfsvollen Unschuldsbeteuerungen geprägt, die durch die Bekundungen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung, wenn diese nur das "Fußvolk" ihrer Bewegung im Zaum halten würde, begleitet wurden. Nur vereinzelt trafen Gewerkschafter – z.B. Albin Karl in Hannover, Anton Döring in Frankfurt/M. und Karl Molt in Stuttgart – Vorbereitungen dafür, die Gewerkschaften notfalls mit Waffengewalt gegen Angriffe der SA zu verteidigen.<sup>9</sup>

Die Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften ging bis an den Rand der Selbstaufgabe: In der Erklärung des ADGB-Vorstandes vom 21. März 1933 wurde schließlich das "Recht des Staates" anerkannt, "in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht". Eine "staatliche Aufsicht" über die "Gemeinschaftsarbeit der freien Organisation der Wirtschaft könnte unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern". Sogar die "Form der Organisation" wurde hier zur Disposition gestellt; denn "über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen".<sup>10</sup>

Waren die Anpassungsbemühungen der Freien Gewerkschaften schon nicht zu übersehen, so scheint es, als seien die christlich-nationalen Gewerkschaften dem Pathos der "Nationalen Revolution" erlegen: "Was morsch war, ist gefallen. Und eine Welle junger Kraft hat Deutschland überspült" – so wurde diese "Revolution" begrüßt. Auf der Vorstands- und Ausschußsitzung vom 16. und 17. März 1933 bekundeten die Christlichen Gewerkschaften ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im "Neuen Staat"; und mit dem "Essener Programm" zum

<sup>9</sup> Siehe Willy Buschak, "Arbeit im kleinsten Zirkel". Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 43.

<sup>10</sup> Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschaftszeitung Nr. 12 vom 25.3.1933, S. 177.

Aufbau einer berufsständischen Ordnung stellten sie sich – so Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften – "bewußt in den Dienst der großen Sache".<sup>11</sup>

Die Rettung der eigenen Organisationen war oberste Maxime des Handelns. So setzten sich die Christlichen Gewerkschaften von den Freien und beide Gewerkschaften gleichermaßen von ihren jeweiligen parteipolitischen Bündnispartnern ab, um nicht mit den dem Regime erkennbar mißliebigen Parteien unterzugehen. Und so vollzog der ADGB-Bundesvorstand bald den von den Christlichen Gewerkschaften mit der Essener Tagung getanen Schritt zur programmatischen Einordnung nach: Am 9. April erklärte er sich bereit, "die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeiterschaft in den Dienst des neuen Staates zu stellen"; der ADGB empfahl, die Gewerkschaftsbewegung einem Reichskommissar unterzuordnen. Und am 13. April diskutierten Leipart, Graßmann und Wilhelm Leuschner mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) die zukünftige Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung; erst mit dem ultimativen Ansinnen der NSBO-Vertreter, Leipart solle seinen Posten an einen Nationalsozialisten übergeben, war die Grenze der gewerkschaftlichen Anpassungsbereitschaft erreicht: Leipart beharrte darauf, die Führung der Gewerkschaften werde durch die Delegierten bestimmt.<sup>12</sup>

Zu den Signalen der Anpassungsbereitschaft gehörte auch die Bereitwilligkeit, mit der einzelne Gewerkschaftsvorstände die Rücktrittsgesuche ihrer jüdischen Kollegen und Kolleginnen annahmen – wenn Sie diese nicht selbst dazu gedrängt hatten. Zu denken ist insbesondere an den Rücktritt Siegfried Aufhäusers vom Vorsitz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bundes) am 28. März 1933 und an die Entlassung von Hans Gottfurcht vom Zentralverband der Angestellten mit Schreiben vom 28. April 1933. Zahlreiche jüdische Gewerkschafter flohen ins Ausland; Ludwig Rosenberg und Hans Gottfurcht gingen nach England, Siegfried

<sup>11</sup> Zitiert nach: Tagungen der Christlichen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftszeitung Nr. 12 vom 25.3.1933, S. 178.

<sup>12</sup> Siehe Manfred Scharrer, Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933, in: ders. (Hrsg.), Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 73–120, hier S. 107f.

Aufhäuser (über Frankreich und England) und Toni Sender in die USA, und Fritz Naphtali zog nach Palästina.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen, der Terror des März 1933 und die Abstimmung über das "Ermächtigungsgesetz", mit der das Parlament – gegen die Stimmen allein der SPD; den Kommunisten war die Teilnahme an der Abstimmung verwehrt – abdankte, hatten gewiß zermürend auf die Gewerkschafter gewirkt; nur die Betriebsrätewahlen des Frühjahrs bedeuteten vielleicht einen schwachen Hoffnungsschimmer, sah sich das nationalsozialistische Regime doch genötigt, die Wahlen abzubrechen, weil sie nicht das gewünschte Ergebnis brachten. Nach der Wahl von gut 9.000 Betriebsräten zeigte sich, daß die Treue zu den schwer angeschlagenen Gewerkschaften noch Ende April anhielt: Die Freien Gewerkschaften bekamen 73,4, die Christlichen Gewerkschaften 7,6, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 0,6 und die kommunistische Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation (RGO) 4,9% der Mandate; die NSBO erreichte "nur" einen Anteil von 11,7.<sup>13</sup> Auf der anderen Seite mag die nationalsozialistische Führung aus diesem Ergebnis den Schluß gezogen haben, um ihr Konzept einer gesellschaftlichen Neuordnung zu realisieren, müßten die Gewerkschaften endgültig zerschlagen werden.

Parallel zu den Anpassungsbekundungen der Gewerkschaften und zu den Verhandlungen über die "Gleichschaltung" mit der NSBO liefen – in letzter Minute – die Bemühungen, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen.<sup>14</sup> Daß die Gespräche zwischen den Vertretern der Richtungsgewerkschaften einer "Gleichschaltung von unten" dienen sollten, um damit eine Umbildung zur staatlichen Zwangsgewerkschaft zu verhindern, zeigt den geringen Handlungsspielraum, den die Gewerkschaftsführer sahen. Der Ende April 1933 gebildete "Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" war also gewiß kein "Aktionsbündnis"; vielmehr waren die Verhandlungen Ausdruck der Bemühungen, den gewerkschaftlichen Organisationen – in neuer, entpolitisierte Form – wenigstens das Überleben zu sichern. Auch das Programm dieses Ende April

<sup>13</sup> Zahlen nach: Neuwahl der Betriebsräte 1933, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 17 vom 29.4.1933, S. 270.

<sup>14</sup> Siehe Gerhard Beier, Zur Entstehung des Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 365–392.

ausgehandelten Zusammenschlusses der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften war geprägt von der Bereitschaft, aktiv an der Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mitzuwirken. Im übrigen war dieser Programm-Entwurf gewiß eher ein notdürftig zusammengefügtes Dach als ein tragfähiges Fundament für eine Einheitsgewerkschaft. Um diese zu schaffen, bedurfte es erst der gemeinsamen Erfahrungen von Auflösung und Zerschlagung, von Verfolgung und Widerstand.

Höhe- und zugleich Schlußpunkte der gewerkschaftlichen Anpassungspolitik waren die Aufrufe zum 1. Mai 1933, den die Regierung – in Verfälschung der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung – zum "Tag der nationalen Arbeit" erklärt hatte. Der Bundesvorstand des ADGB begrüßte am 15. April die Feiertagsregelung und unterstützte im Grunde die volksgemeinschaftliche Umdeutung der 1. Mai-Feier, erinnerte er doch daran, daß am Tage des 1. Mai "stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter [erglühte], den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen". Während der Bundesvorstand die Teilnahme an den staatlich verordneten Maifeiern freigestellt hatte, rief der Bundesausschuß des ADGB am 19. April schließlich zur Beteiligung auf.<sup>15</sup> Auch der Vorstand der Christlichen Gewerkschaften, der den Maifeiertag zuvor nicht gerade geschätzt hatte, begrüßte ihn nun – nationalistisch gewendet – als Zeichen dafür, "daß sich die Regierung Hitler zum sozialen deutschen Volkstum bekennt".<sup>16</sup>

Einen Tag nachdem sich wohl mancher Gewerkschafter auf den pompös inszenierten Mai-Feiern des "Neuen Staates" der Illusion eines zwar neubestimmten, jedoch festen Platzes seiner Organisation in der "nationalen Volksgemeinschaft" hingegeben hatte, holte die Wirklichkeit die Gewerkschaften ein: Am Vormittag des 2. Mai wurden mit einem Schlag alle wichtigen Gebäude des ADGB und der Einzelgewerkschaften von SA- und SS-Trupps besetzt; in Verhaftung, Folter und Mord tobte sich der Haß der Nazis gegen die Freien Gewerkschaften aus.

<sup>15</sup> Siehe Gewerkschafts-Zeitung Nr. 16 vom 22. April 1933, S. 241.

<sup>16</sup> An die Christliche Arbeiterschaft, in: Zentralblatt Nr. 9 vom 1.5.1933, S. 105.

Zu den in der Berliner ADGB-Zentrale in "Schutzhaft" Genommenen gehörten Theodor Leipart, dessen Stellvertreter Peter Graßmann und das Vorstandsmitglied Wilhelm Leuschner. Zugleich wurden die Verbandsvorstände der Einzelgewerkschaften und die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen verhaftet. Offiziell wurde die Zahl von 50 Verhafteten angegeben, in Wirklichkeit waren es Hunderte. Die meisten der Verhafteten wurden nach wenigen Tagen – bis Mitte Mai – freigelassen, mußten sich aber von nun an wöchentlich bei der Polizei melden und wurden auch später immer wieder verhaftet. Andere wurden für Jahre in Konzentrationslager verschleppt. Manche – erwähnt seien Michael Jeck, Karl Fromme und Emil Pikard – wurden in den Selbstmord getrieben. Und nicht wenige wurden wie Hans Westermann und Hermann Basse unter ungeklärten Umständen im Sommer 1933 umgebracht.

Die furchtbarsten Ereignisse wurden aus Duisburg<sup>17</sup> gemeldet, wo – wie im ganzen Reich – am Morgen des 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Angestellten verhaftet wurden. Im Zentrum der Maßnahmen standen die Gewerkschaftshäuser in der Ruhrorter Straße, in der sich die Sitze des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Gesamtverband) befanden. Neunzehn Gewerkschafter wurden verhaftet und den ganzen Tag verhört, darunter Johann (Jean) Schlösser (DMV), Julius Birck und Michael Rodenstock (Gesamtverband) sowie Emil Rentmeister (ZdA). Gefragt wurde vor allem nach vermuteten Waffenlagern. Als die Verhafteten abends mit Schlägen durch die Stadt zum Polizeigefängnis getrieben wurden, fehlten Schlösser, Birck, Rodenstock und Rentmeister. Sie waren im Keller des Gewerkschaftshauses ermordet worden. In der Nacht wurden die Leichen im Wald zwischen Duisburg und Dinslaken verscharrt, wo sie Spaziergänger im April 1934 fanden. Um ihre Tat zu vertuschen, wurden von den Amtsnachfolgern Briefe an Schlösser und Rodenstock geschickt, in denen beide aufgefordert wurden, auf ihrer Arbeitsstelle zu erscheinen. Von einem britischen Militärgericht sind die Vorfälle nach 1945 aufgeklärt worden.

Einen Tag nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften unterstellten sich die anderen Richtungsgewerkschaften dem "Aktions-

<sup>17</sup> Siehe W. Buschak, "Arbeit im kleinsten Zirkel", S. 45.

komitee zum Schutze der deutschen Arbeit". Das war das Ende der Gewerkschaftsbewegung. Die Politik der die Grenze der Selbstachtung streifenden Anbiederung an die neuen Machthaber, der politische Selbstmord der Gewerkschaften, hatte die Auflösung nicht zu verhindern vermocht – vielleicht aber erleichtert.

## 2. Gewerkschafter in Widerstand und Exil

Wohl selten hat ein Regime einen stärkeren Kult der Arbeit und des arbeitenden Menschen betrieben – und zugleich die Arbeiterschaft dermaßen politisch entmachtet. Der nationalsozialistische Staat schüchterte die Arbeiterschaft ein, beraubte sie binnen weniger Monate ihrer politischen und gewerkschaftlichen Vertretung – aber er umwarb sie mit einer geradezu mythischen Überhöhung des Arbeiterbildes in Kunst und politischer Propaganda sowie mit einer Reihe sozialer Wohltaten, die um so mehr ins Gewicht fielen, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgten. Mögen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft auch dem Wortgeklingel der Propaganda skeptisch gegenübergestanden haben, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs verringerte Arbeitslosigkeit und die verbesserte Lebenssituation haben jedoch gewiß viele über die politische und gewerkschaftliche Entrechtung hinweggetröstet.

Doch selbst wenn sich der Kern der ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedschaft, die industriellen Facharbeiter, als resistent gegen die Verlockungen der nationalsozialistischen Politik erwiesen hätten, so hieße das keineswegs, daß "die" Arbeiterschaft ein Potential des aktiven Widerstandes gewesen wäre. Realitätsnäher ist es wohl, von der "Bändigung" der Arbeiterschaft auszugehen. Bändigung – das heißt vor allem: Unterwerfung durch Terror und Entrechtung, Neutralisierung etwaiger Unruhe durch begrenzte Konzessionen sowie Integration der Arbeiterschaft in die vorgebliche Volksgemeinschaft des NS-Staates.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Tim Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53. Zur Sozialordnung des "Führerstaats" siehe den Überblick in: Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 221ff.

Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Bändigung der Arbeiterschaft – das sind die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand ehemaliger Gewerkschafter formierte. Für die auf Massenanhang und damit zwangsläufig auf Öffentlichkeit angewiesenen Gewerkschaften stellten sich damit Probleme, auf die sie von ihrer Struktur her nicht vorbereitet waren; und die Gewerkschaftsführer konnten sich in ihrer Mehrheit kaum mit konspirativen Kampfpraktiken anfreunden, zumal sie selbst, wenn sie nicht verhaftet waren, zumeist unter besonderer polizeilicher Kontrolle standen. Was aber kann unter den Bedingungen von Terror und Verfolgung, von Überwachung, Bespitzelung und ständiger Denunziationsfurcht "Widerstand" sein?

Der Begriff des gewerkschaftlichen Widerstandes kann sich wegen der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht normativ auf die Fortführung der überkommenen Gewerkschaftsarbeit beziehen.<sup>19</sup> Obwohl z.B. von Heinrich Schliestedt, einem der wichtigsten Organisatoren der Widerstandsarbeit bei den Metallarbeitern, in einem Memorandum aus dem Jahre 1935 anvisiert, konnte eine Verbindung von illegaler politischer Arbeit und auf Öffentlichkeit angewiesenen Lohnkämpfen nur sehr selten hergestellt werden. Aber natürlich sollen die Versuche nicht unerwähnt bleiben, unter extrem schwierigen Bedingungen in einzelnen Bereichen gewerkschaftsähnliche Aktivitäten bis hin zu Streiks zu organisieren.<sup>20</sup> Diese in kleinen Gruppen durchgeführten Aktionen, die oftmals von früheren Betriebsräten oder Gewerkschaftern geleitet wurden, folgten aber im Grunde der Devise: "Lohnpolitik auf eigene Faust"<sup>21</sup>. Und diese Devise war bei genauerem Zusehen mit den auf breite kollektive Regelungen abzielenden Prinzipien der traditionellen Gewerkschaftspolitik nur begrenzt vereinbar.

19 Vgl. dagegen Jürgen Harrer, Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das "Dritte Reich", in: Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. aktualisierte und wesentlich erweiterte Auflage, Köln 1989, S. 343–413, hier S. 371f. und 387.

20 Siehe dazu Günter Morsch, Streiks im "Dritten Reich", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 649–689; Stefan Karner, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im "Dritten Reich", in: Archiv für Sozialgeschichte XXI, 1981, S. 269–328.

21 Dazu Detlev J.K. Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Klaus Tenfelde u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaften, S. 447–498, hier S. 470.

Trotz des totalen Unterordnungs- und Strafanspruchs des nationalsozialistischen Staates sollen hier nicht alle Formen unangepaßten Verhaltens – so mutig und opferreich sie auch waren – als "Widerstand" bezeichnet werden. Widerstand, das war vielmehr praktisches Handeln zur Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen der nationalsozialistischen Diktatur, z.B. durch die Versuche zur Schaffung einer illegalen Gegenöffentlichkeit. Daran ist auch der gewerkschaftliche Widerstand, verstanden als Widerstand ehemaliger Gewerkschafter, zu messen.

Gewerkschaftlicher Widerstand, das war zunächst einmal der Versuch, den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrechtzuerhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten; es war der Versuch, den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die "Zeit danach" zu treffen. Widerstand von Gewerkschaftern, das war auch "Wartestand".<sup>22</sup>

Mit diesen vielleicht bescheiden anmutenden Aufgaben- und Zielbestimmungen reagierten die gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen auf die gegebene Situation: Angesichts der sofort einsetzenden Terrormaßnahmen einerseits, der sich ausbreitenden abwartend-wohlwollenden Stellung weiter Kreise der Bevölkerung zum Regime andererseits war wohl an eine großangelegte Widerstandsaktion ohnehin nicht zu denken; jeder Versuch, eine breite illegale Organisation aufzubauen, war zum Scheitern verurteilt. Das zeigten die Bemühungen der KPD, zunächst am Konzept der RGO-Zellenbildung festzuhalten, die 1933/34 zu Massenverhaftungen führten. Und auch die Vorstöße in Richtung auf eine verdeckte Gewerkschaftsarbeit, die mit der Taktik des "Trojanischen Pferdes" innerhalb der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF)

22 Dazu Ulrich Borsdorf, Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften, in: E. Matthias/K. Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde, S. 291–306, hier S. 299.

unternommen wurden, blieben erfolglos; sie trugen überdies gewiß durch die – vorgebliche – Mitarbeit von Kommunisten in der DAF zur Verunsicherung der Arbeiterschaft bei.

Erste Voraussetzung für die Formierung eines gewerkschaftlichen Widerstandes war es, den Kontakt zu halten, um damit die eigene politische Überzeugung gegen den wachsenden Druck der national-sozialistischen Propaganda zu stärken und Informationen auszutauschen. Dank geschickter Tarnung gelang es sogar bekannten Gewerkschaftsführern, diese Aufgabe zu erfüllen; das gilt z.B. für Alwin Brandes von den Metallarbeitern, für Fritz Husemann von den Bergarbeitern, und das gilt für Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften. Kaiser hatte die Aufgabe übernommen, die Renten- und Versorgungsansprüche der 1933 entlassenen christlich-nationalen Gewerkschafter zu vertreten; das erlaubte ihm vielfältige "legale" Besuche bei ehemaligen Funktionären.<sup>23</sup> Auch der Beruf des Vertreters bot offenbar – Bernhard Göring reiste als Zigarrenhändler, Hans Gottfurcht als Versicherungsagent durch Deutschland – gute Möglichkeiten zu verdeckten Kontakten. Allerdings ist anzumerken, daß nicht jeder der Gewerkschaftsfunktionäre, die – nach zum Teil längerer Arbeitslosigkeit – als Vertreter ihr Auskommen sicherten, diese Arbeit als Deckmantel für illegale Kontakte nutzte.

Relativ günstige Bedingungen fanden sich zudem in allen Berufen des Transportwesens; so ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil z.B. der Eisenbahner unter Hans Jahn und der Transportarbeiter unter Adolph Kummernuss an der Widerstandsarbeit der dreißiger Jahre hoch ist, zumal diese die Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unter Edo Fimmen fand.<sup>24</sup> Nach Jahns Angaben besaß seine Organisation im März 1936 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1.320 Funktionären. Auch die Metallarbeiter hatten wohl ein gut ausgebautes Netz von Kontakten, zu dessen Organisatoren Alwin Brandes, Heinrich Schliestedt, Max Urich, Richard Teichgräber, Hans Böckler und Walter Freitag gehörten. So berichtete Brandes von Kontakten zu 748 ehemaligen

<sup>23</sup> Siehe detailliert Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u.a. 1967.

<sup>24</sup> Dazu detailliert Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand. Mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen, Bonn 1983.

Metallern. Aber die "Hochrechnungen" der Zahlen von Kontaktpersonen über die "normale" Relation von Funktionären zu Mitgliedschaft (1 bis 2 Funktionäre auf ca. 1.000 Mitglieder), die eine Massenorganisation von vielen hunderttausend Gewerkschaftern im Untergrund rekonstruieren wollen, basieren wohl auf Illusionen.<sup>25</sup> Die gewerkschaftlichen Widerstandszirkel, die doch weniger zentralisiert miteinander kooperierten als dies der Begriff der "Illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften" vermuten läßt, verfügten wohl nicht über einen Mitgliederstamm im eigentlichen Sinne, gewiß aber über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren 1.000 ehemaligen Gewerkschaftern.

Diese Kontakte und Gruppenbildungen wird man dem Widerstand zuordnen können, da sie zu gegen das Regime gerichteten Aufklärungsaktionen und zur Ausarbeitung von Zukunftsplänen für ein "anderes Deutschland" führten; zu denken ist etwa an Transport und Austausch von Tarnschriften und Informationsblättern und – natürlich – an die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern.

Weder die unter dem Deckmantel von Vertreterbesuchen verborgenen Treffen mit allein mündlicher Kommunikation noch die Zirkel, die z.B. mit Flugblattaktionen wirksam wurden, waren indessen vor dem Zugriff der Gestapo sicher: Fritz Husemann wurde im März 1935 verhaftet und im April 1935 im KZ Esterwegen ermordet. Die genauen Todesumstände sind nicht geklärt. Die Trauerfeier in Bochum wurde zu einer politischen Demonstration, an der rund 1.000 Personen teilnahmen. Ebenfalls 1935 wurde der Kreis um Alwin Brandes zerschlagen; die Angehörigen dieser Gruppe wurden zu zwei- bis dreijährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Brandes kam bis 1937 ins KZ Sachsenburg; Richard Teichgräber wurde nach Verbüßung der Haftstrafe ins KZ verschleppt und wurde am 25. Februar 1945 in Mauthausen ermordet. 1937 wurde Hermann Schlimme verhaftet. Auch das von Hans Jahn aufgebaute Netz von Stützpunkten der Eisenbahner wurde 1937 durch Massenverhaftungen fast völlig

<sup>25</sup> Dazu Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981; ders., Gewerkschaften zwischen Illusion und Aktion. Wandlungen gewerkschaftlicher Strategie vom potentiellen Massenwiderstand zur Technik der Verschwörung, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 99–112, hier S. 108.

zerschlagen; ebenso erging es dem illegalen Kreis um Alfred Fitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Heinrich Schliestedt und Hans Gottfurcht mußten ins Ausland fliehen; Schliestedt kam 1938 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Allein der Kontakt ins Ausland – zu Emigranten oder zu internationalen Gewerkschaftsverbänden – war lebensgefährlich: So wurde Fridolin Endrass vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands aufgrund seiner Verbindungen in die Schweiz und Verteilens von Flugblättern verhaftet und wegen Wiedergründung der Gewerkschaften in Süddeutschland zum Tode verurteilt und 1940 hingerichtet; und Josef Wittmann vom Verband Deutscher Buchdrucker erlitt 1942 das gleiche Schicksal, weil er Informationen an die ITF weitergeleitet hatte.

Auffallend ist, daß mit der Bildung des "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften" im April 1933 und dann mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos wurden. In fast allen Gruppen arbeiteten ehemalige Christliche, liberale und Freie Gewerkschafter zusammen, die damit Vorläufer der späteren Einheitsgewerkschaften waren.

Tief blieb der Graben indessen zwischen diesen und den kommunistischen Gewerkschaftern. Nicht übersehen sei jedoch, daß es auch vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter kam. Am bekanntesten wurden die auf betrieblicher Ebene gebildeten Gruppen von Textil- und Metallarbeitern im Wuppertaler Raum, die im Herbst 1934 mehrere 100 Mitglieder zählten. Sie druckten und verteilten Flugblätter, hatten auch eigene Zeitungen. Im Januar 1935 wurden die Gruppen mit Massenverhaftungen zerschlagen; die von den mit großem Propagandaaufwand geführten "Wuppertal-Prozessen" Betroffenen fanden im übrigen ausländische Unterstützung, insbesondere durch das holländische "Wuppertal-Komitee".

In der Folgezeit – ab 1936/37 etwa – beschränkte sich der gewerkschaftliche Widerstand im Grunde darauf, in Kontaktzirkeln ehemaliger Spitzenfunktionäre, Planungen für die "Zeit danach" zu diskutieren. Einen Massenkontakt konnten die Gewerkschaftsführer sicherlich nicht aufbauen, wohl aber ein verdecktes Informationsnetz,

das sie zu wichtigen Ansprechpartnern gerade auch für die ins Ausland geflohenen Kollegen und Kolleginnen machte.

\*

Angesichts von Verfolgung und Bedrohung der Gewerkschafter wurden frühzeitig Versuche unternommen, Anlaufstellen im benachbarten Ausland zu schaffen. Bis zum Anschluß an das Deutsche Reich (1935) bot zunächst das Saargebiet einen Fluchtpunkt für exilierte Gewerkschafter. Zu erinnern ist hier – stellvertretend für viele – an das Schicksal von Heinrich Imbusch, dem Vorsitzenden des Christlichen Bergarbeiterverbandes. Er floh Ende Mai 1933 ins Saargebiet, im Mai 1934 folgte ihm seine Familie. 1934 wurde Imbusch, der sich im Kampf um die Abstimmung über die Rückgliederung der Saar an das Deutsche Reich für den "Status quo" engagierte, Opfer eines – erfolglosen – Entführungsversuchs der SA. Nach dem Saarreferendum floh Imbusch nach Luxemburg, wo er sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ab Mai 1940 versteckt hielt. 1942 kehrte er unerkannt – er hatte sich einen Vollbart wachsen lassen – nach Essen zurück; hier versteckte er sich und starb am 16. Januar 1945, wegen Unterernährung entkräftet, an einer Lungenentzündung.<sup>26</sup>

Nach der Rückgliederung der Saar übernahmen die Tschechoslowakei (bis 1938) sowie die Grenzregionen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Dänemarks die Funktion als erste Anlaufstellen für geflohene Gewerkschafter, bis auch diese vom Krieg überzogen wurden. Aber es ging nicht nur darum, erste Auffangpositionen für aus Deutschland vertriebene Gewerkschafter zu schaffen, sondern eine zentrale Aufgabe war es, von diesen Stützpunkten aus die Arbeit zu koordinieren, den Informations- und Schriftenaustausch zwischen Reichsgebiet und Ausland zu organisieren.

So wurde im Herbst 1934 in der Tschechoslowakei, auf der Konferenz in Reichenberg, unter der Führung von Heinrich Schliestedt die "Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften" gegründet. Nach Schliestedts Tod (1938) verlagerte sie ihren Sitz zu Fritz Tarnow, dem

<sup>26</sup> Siehe Gerhard Beier, Heinrich Imbusch, in: ders., Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter, Köln 1983, S. S. 99ff.

früheren Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, nach Kopenhagen, der indessen nicht von allen Auslandsvertretern als Leiter anerkannt wurde. Die Auslandsvertretung wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) finanziell unterstützt – was angesichts der Verstimmung, die der Anpassungskurs des ADGB im Frühjahr 1933 und speziell der Austritt aus dem IGB am 22. April 1933 ausgelöst hatten, keineswegs selbstverständlich war.

Auch im Ausland zeigten sich vereinzelt Ansätze zur Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter. Doch letztlich fanden die von der Kommunistischen Internationale 1935 ausgegebenen Einheitsfrontparolen keinen großen Niederschlag. Zwar wurde in Frankreich parallel zu Heinrich Manns Volksfront-Initiative der "Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter" gebildet, doch mit dem Scheitern des Volksfrontversuchs und vor allem mit den "Moskauer Säuberungen" war 1937/38 auch das Ende des Koordinationsausschusses besiegelt. Zu nennen ist auch der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale in Paris gegründet wurde. Hier arbeiteten u.a. Franz Vogt, Richard Kirm und Hans Mugrauer vom (sozialdemokratischen) Alten Verband zusammen mit dem Kommunisten Wilhelm Knöchel. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande nahm sich Vogt das Leben; Knöchel, der in den folgenden Jahren eine kommunistische Widerstandsgruppe in Deutschland organisierte, wurde 1943 verhaftet und hingerichtet.<sup>27</sup>

\*

Im Krieg wurde die Situation für den innerdeutschen Widerstand von Gewerkschaftern vollends aussichtslos. Der Ausbau des Verfolgungsapparates, die Integration der Arbeiterschaft in die Kriegsanstrengungen und die Erschwerung von grenzüberschreitenden Kontakten – all das ließ die Aktivitäten der Gruppen ehemaliger Gewerkschafter im Reich fast zum Erliegen kommen. Auf die wichtigste Ausnahme – das Attentat vom 20. Juli 1944 – wird noch einzugehen sein.

<sup>27</sup> Siehe Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1982.

Bei aktivem Widerstand im Krieg – da denkt man vor allem an die erwähnte Knöchel-Gruppe und an die "Rote Kapelle", an der mit Robert Barth auch ein ehemaliger Aktivist der RGO beteiligt war; nachdem er beim Einsatz an der deutschen Ostfront zur Roten Armee desertiert war, wurde er 1942 zur Unterstützung der illegalen kommunistischen Arbeit in Deutschland mit dem Fallschirm abgesetzt. Im Zuge der Ermittlungen gegen die Rote Kapelle wurde er verhaftet; sein weiteres Schicksal ist ungeklärt.<sup>28</sup>

Schon zu Beginn des Krieges, d.h. im September 1939, wurden über hundert Funktionäre der Arbeiterbewegung, darunter zahlreiche Gewerkschafter, in "Schutzhaft" genommen. Ziel dieser Maßnahme war es wohl, etwaige Arbeiterunruhen im Keim zu ersticken. Die meisten der Verhafteten wurden – so auch Wilhelm Leuschner – nach einigen Tagen oder Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt. Daß unter den Verhafteten auch Lothar Erdmann war, der über seine nationale Gesinnung keinen Zweifel hatte aufkommen lassen, deutet nicht nur auf den totalen Machtanspruch der nationalsozialistischen Diktatur, sondern zugleich auf die tiefsitzende Furcht vor etwaigen Oppositionszentren in den Kadern der "alten" Arbeiterbewegung hin. Lothar Erdmann wurde in das KZ Sachsenhausen verschleppt; daß er sich auf seinen Status als preußischer Offizier des Ersten Weltkrieges berief, nahmen die KZ-Wächter zum Anlaß immer neuer Quälereien, an deren Folgen Lothar Erdmann im September 1939 starb.<sup>29</sup>

Besonders hervorgehoben werden muß wohl, daß man auch im Krieg nicht von einem etwaigen Massentrückhalt für den Widerstand der Gewerkschafter sprechen kann. Mit dem Beginn des Krieges veränderten sich die Lebensbedingungen – abgesehen von den Einberufungen und der bald steigenden Zahl von Kriegstoten – zunächst erstaunlich wenig: Gerade aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges schien eine erfolgreiche Kriegführung auch und vor allem von der sozialen Ruhe an der "Heimatfront" abzuhängen, die durch Sicherung der "Normalität" garantiert werden sollte. Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Schlacht bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu

<sup>28</sup> Siehe Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation, Halle/S. 1992, S. 208f.

<sup>29</sup> Siehe Gerhard Beier, Lothar Erdmann, in: ders., Schulter an Schulter, S. 41–46.

zeigen. Dennoch kam nicht die explosive Stimmung auf, die gerade die Ernährungslage im Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation einerseits, das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in Bombennächten ankündigende Katastrophe andererseits trugen wohl zu einem Klima der Passivität bei, das von Hoffnung und Angst, von mürrischer Kritik und Unterordnung gekennzeichnet war.

Daraus stachen allenfalls die Aktionen von Jugendlichen hervor, ohne daß wohl das betont unangepaßte Verhalten z.B. der Edelweißpiraten eindeutig als politischer Widerstand gelten kann. Und auch die im Laufe des Krieges trotz der damit verbundenen Risiken zunehmende Bummelei, das Krankfeiern und die Aufsässigkeit mancher Arbeiter wird man kaum ohne weiteres als Widerstand ansprechen können. Allerdings muß man wohl berücksichtigen, daß das für Arbeiter und Arbeiterinnen die einzigen Möglichkeiten waren, eine oppositionelle politische Haltung durch Taten zu beweisen. Und mit hohem persönlichen Risiko behaftet waren auch diese Formen des individuellen Protests – vom Erzählen politischer Witze über das "Meckern" eben bis hin zu den als Sabotage gewerteten Arbeitsverfehlungen.

\*

Für die ins Ausland vertriebenen Gewerkschafter bedeutete der Krieg, daß sie vor den deutschen Truppen weiterfliehen mußten: Schweden, England und die Schweiz wurden im Krieg zu den wichtigsten Aufnahmeländern.

In Schweden und in England wurden Landesgruppen deutscher Gewerkschafter gebildet, die den Flüchtlingen zunächst einmal Hilfestellung bei der Sicherung des nötigsten Lebensbedarfs leisteten; sie unterstützten die Reste des Widerstandes in Deutschland, sammelten und verbreiteten Informationen; und sie versuchten die Deutschland-Politik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Mitarbeit in den Informationsdiensten der Alliierten. Gerade letztere folgte vielfach der Einsicht, daß die nationalsozialistische Diktatur nur von außen zerschlagen werden könne. Und schließlich arbeiteten die Landesvertretungen Pläne und Programme für den Neuaufbau der

Gewerkschaften, aber auch für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der politischen Ordnung der "Nach-Hitler-Zeit" aus.<sup>30</sup>

Da ist z.B. an das von Fritz Tarnow im Dezember 1941 dem "Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten" vorgelegte Programm zu denken, das für die Wiedergründung von Gewerkschaften nach dem Kriege davon ausging, man könne doch Organisationsstruktur und -prinzipien der DAF übernehmen. Dieses Konzept fand weder in Stockholm noch in London nachhaltige Zustimmung: 1944/45 legte darum die Landesgruppe der deutschen Gewerkschaften in Schweden "Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland" vor, die von der Auflösung der DAF und vom Aufbau einer demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation ausgingen.

Und auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England, die eng mit dem Exilvorstand der SPD in London zusammenarbeitete, entwickelte 1945 – Mitautoren waren u.a. Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Hans Jahn, Ludwig Rosenberg – einen Plan für "Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung", dessen Organisationsgrundsätze lauteten: "Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig." Und weiter unten hieß es: "Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und bereit sind, gewerkschaftlichen

<sup>30</sup> Abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Köln-Frankfurt/M. 1977, S. 248ff.

Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen."<sup>31</sup>

Hier war also die Bildung von Industriegewerkschaften vorgesehen, die auf den Prinzipien freiwilliger Mitgliedschaft und politischer Unabhängigkeit basieren sollten. Zwar diskutierten Emigranten auch in der Schweiz und in Frankreich Konzepte für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, doch den stärksten Einfluß übten in der Folgezeit ohne Zweifel die im Londoner Exil entworfenen Pläne aus.

\*

Die von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England entfaltete programmatische Tätigkeit leistete also eine überaus wichtige Vorarbeit für die Wiedegründung der Gewerkschaften in Deutschland nach dem Kriege; zu dessen Beendigung oder zum Sturz der Diktatur konnte sie indessen nicht direkt beitragen. Eben dies aber war das Ziel einzelner Gewerkschafter, die Kontakt zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944 hatten. Zu nennen sind vor allem Wilhelm Leuschner<sup>32</sup> von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Die Beteiligung der Gewerkschafter folgte zum einen dem Interesse der Widerstandsgruppen daran, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den geplanten Aufstandsversuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Andererseits war den Gewerkschaftern klar, daß sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können.

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Mißtrauens gegen eine politische Zusammenarbeit von Vertretern so unterschiedlicher Schichten und Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von

<sup>31</sup> Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschlage für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, o.O. u.J. (London 1945), S. 5ff.

<sup>32</sup> Dazu detailliert Joachim G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Frankfurt/M. u.a. 1962.

Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer, die ausreichte, ein Regierungsbundnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren Leuschner und Julius Leber (SPD) als Kanzler bzw. Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte – so der letzte Entwurf einer Ministerliste vom Juli 1944 – durch Bernhard Letterhaus im Kabinett vertreten sein.

Waren auch Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften an den Beratungen der Widerstandskreise beteiligt, so bedeutete dies noch nicht, daß sie sich mit ihrem im Frühjahr 1933 vereinbarten Konzept der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt hätten: Das Programm Goerdelers zum Aufbau einer "Deutschen Gewerkschaft" war allzu weitgehend an der Realität der DAF orientiert; es sah Zwangsmitgliedschaft, berufsständische Ordnung und Streikverbot vor. Und die Pläne des Kreisauer Kreises folgten werksgemeinschaftlichen Harmonie-Vorstellungen, so daß Gewerkschaften nur für eine Übergangszeit eingeplant waren.<sup>33</sup>

Die Gruppen, die das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten, waren gewiß nicht durch ein geschlossenes Programm geeint, wohl aber durch den Willen, der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten ein Ende zu bereiten. Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, mußten mit schärfster Verfolgung rechnen. Einige seien erwähnt: Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken. Max Habermann vom DHV wurde verhaftet und beging Selbstmord, um unter der drohenden Folter keine Mitverschwörer zu verraten. Bernhard Letterhaus vom Vorstand des Christlichen Textilarbeiterverbandes und Nikolaus Groß wurden ebenso wie Wilhelm Leuschner mit seinem Mitarbeiter Hermann Maass verhaftet und zum Tode verurteilt. Leuschners viel zitiertes Vermächtnis lautete: "Schafft die Einheit!"<sup>34</sup>

\*

<sup>33</sup> Dazu Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: J. Schmadeke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 520–532.

<sup>34</sup> Nach G. Beier, Die illegale Reichsleitung, S. 83.

Das Attentat vom 20. Juli 1944 hatte jedoch keineswegs nur für die direkt an der Vorbereitung Beteiligten verhängnisvolle Konsequenzen. Am 14. August 1944 wurde die Verhaftung aller Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie aller Stadtverordneten von SPD und KPD angeordnet, und zwar ohne Rücksicht auf den Nachweis einer Verbindung zum Widerstand. Am 17. August wurde das Raster auf alle ehemaligen SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre ausgeweitet. Insgesamt wurden mehr als 5.000 ehemalige Parlamentarier, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und in Gefängnis- oder KZ-Haft überführt.<sup>35</sup> Oftmals reichte die bloße frühere Gewerkschaftsmitgliedschaft, um in die Fänge der "Aktion Gitter" zu geraten.

In der Haft, auf den Todesmärschen von Lager zu Lager und beim Untergang von Häftlingsschiffen verloren viele ihr Leben. Wieder können nur einige der Opfer namentlich erwähnt werden: So wurde z.B. Paul Hegenbart, der früher im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband tätig gewesen war und der Kontakt zu Bernhard Bästlein, Anton Saefkow und Franz Jacob von der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte, die am 18. September 1944 hingerichtet wurden, ebenfalls verhaftet und zum Tode verurteilt. Verhaftet und im August 1944 von der Gestapo erschossen wurde Ernst Schnepfenhorst, früher Sekretär des Holzarbeiterverbandes und einer der Verbindungsleute Leuschners. Auch an Friedrich Vogt, Sekretär des Bauarbeiterverbandes, ist zu erinnern, der Kontakte zu christlichen Widerstandskreisen hatte, deswegen verhaftet und am 1. März 1945 hingerichtet wurde. Hingerichtet wurden Oswald Wirsich, Bezirkssekretär des ADGB, Josef Wirmer, Rechtsberater der Christlichen Gewerkschaften, und Franz Leuninger, Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. August Bödecker vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Otto Else vom Verband der Lithographen und Steindrucker, Otto Haese vom Deutschen Baugewerksbund, Max Wienhold vom Zentralverband der Angestellten und Friedrich Brüderlein vom Deutschen Fabrikarbeiterverband sind im KZ ums Leben gekommen. Hans Adlhoch vom Christlichen Holzarbeiterverband und Franz

<sup>35</sup> Siehe Martin Schumacher, Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation, 3., erhebl. erw. u. überarb. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 38\*.

Barschfeld vom Deutschen Holzarbeiterverband waren den Belastungen des Todesmarsches der Dachauer Häftlinge nicht gewachsen; sie starben an den Folgen der Haft. Im Mai 1945 verloren Konrad Matzke, Wilhelm (Willy) Verdieck und Richard Vosgerau beim Untergang der "Kap Arcona" ihr Leben.

\*

Gewiß: Es ist festzuhalten, daß die nationalsozialistische Diktatur nicht durch die Aktionen des Widerstandes, welcher Gruppe auch immer, gestürzt wurde; das "Dritte Reich" versank mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den Neuanfang von unschätzbare Bedeutung war es, daß es Widerstand gegeben hatte. Dieser Widerstand hatte einen hohen Preis gefordert: Tausende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, wurden in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Allein 1936 wurden im Reich 11.687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen; bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der aus politischen Gründen verfolgten Häftlinge in Konzentrationslagern rund 25.000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100.000. Mindestens 25.000 Menschen wurden nach amtlicher Statistik als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt.<sup>36</sup> Dazu zählten viele Gewerkschafter aller Richtungen.

Doch nicht nur an die in den ersten Monaten der Diktatur Ermordeten, an die in Konzentrationslagern Gequälten, vielfach unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen, an die auf Grund von Terrorurteilen Hingerichteten ist zu denken. Schon für die hier in einer Auswahl dokumentierten Schicksale, bei denen es sich - in Übereinstimmung mit der Struktur der Gewerkschaften - ganz überwiegend um Männer handelt, war es überaus schwierig, genaue Angaben zum Lebens- und Leidensweg der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft zu sichern. Das gilt um so mehr für Hunderte von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, die für ihre "Vergehen" zu mehrjährigen Gefängnis-, Zuchthaus- oder KZ-Strä-

<sup>36</sup> Angaben nach Manfred Funke, Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausbarren und Orientierung auf die Zukunft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Widerstand und Exil 1933-1945, Bonn 1985, S. 60-75, hier S. 66.

fen verurteilt wurden; das gilt auch für jene, die, um der Verfolgung zu entgehen, zur Flucht ins Ausland gezwungen waren. Und das gilt für die Gewerkschafter, die im Selbstmord den letzten Ausweg sahen.

Es waren diese Opfer, die dem politischen Neubeginn 1945 Glaubwürdigkeit verliehen; und es war der Widerstand, nicht *der* Gewerkschaften, aber *aus den* zerschlagenen Gewerkschaften, der – nach der hilflosen Politik zwischen Protest und Anpassung im Jahre 1933 – ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung im Deutschland der Nachkriegszeit Berechtigung und Nachdruck gab.

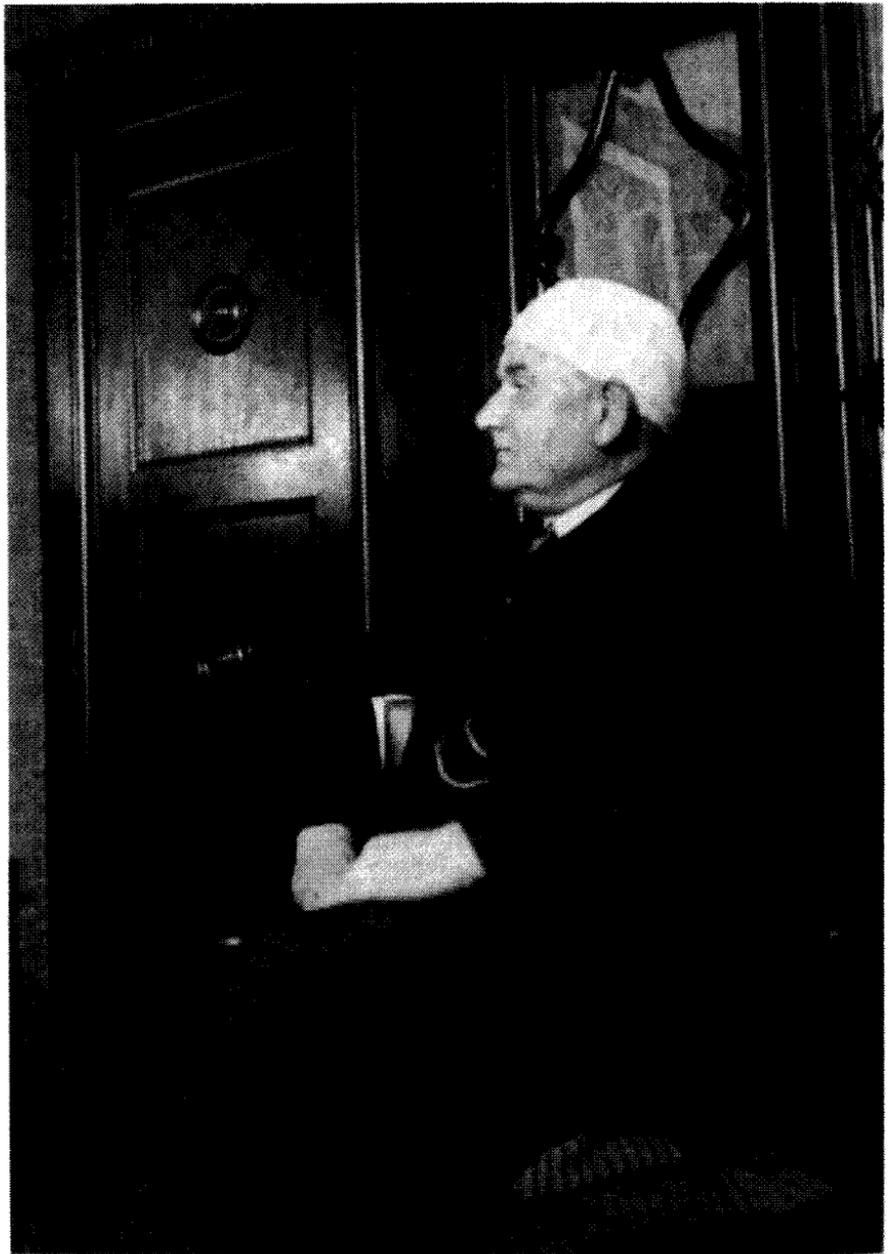
Das heißt nun nicht, daß es eine deutliche personale Kontinuität von Widerstand und Exil zu Führungspositionen beim Neuaufbau der Gewerkschaften nach 1945 gegeben hätte; dazu war das Engagement von Gewerkschaftern im Widerstand wohl doch zu vereinzelt. "Abwarten" und "Überwintern" – das war eher kennzeichnend für den Lebensweg der meisten Gewerkschafter, die bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Führungspositionen gelangten. Zwar hatten viele unter willkürlichen, zumeist kürzeren Verhaftungen, Polizeischikanen, Hausdurchsuchungen und materiellen Härten, vor allem Arbeitslosigkeit, gelitten. Doch Verurteilung zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen, Einsperrung ins KZ oder der Zwang zur Flucht ins Ausland, das waren eher die Ausnahmen.

Von den 27 Mitgliedern des auf dem Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 gewählten Bundesvorstandes, von denen 16 Vorsitzende von Einzelgewerkschaften waren, hatten sechs Personene Haftstrafen und/oder Exil hinter sich.<sup>37</sup> Es waren Erich Bührig (1939/40 "Schutzhaft" und KZ Sachsenhausen), Hans vom Hoff (1935/36 Haft), Hans Jahn (mehrfache Verhaftung, 1935 Flucht ins Ausland, 1941–1945 Exil in England), Albin Karl (zwischen 1933 und 1937 13 Monate im Gefängnis und 4 Monate im KZ), Adolph Kummernuss (2 Jahre Gefängnis) und Ludwig Rosenberg (1933–1946 Exil in England).

<sup>37</sup> Siehe Susanne Miller, Gewerkschaften – Überwinterungsstrategie und Widerstand, in: AVS-Informationsdienst, Nr. 9, Nov. 1994, S. 3f.



Wilhelm Leuschner vor dem Volksgerichtshof



Heinrich Imbusch nach dem Entführungsversuch durch die SA